



Dresden, den 26.10.99

Stellungnahme zum Ergebnis der Umfrage des LSR zur Schülermitwirkung in Sachsen Reaktion auf die Pressemitteilung des SMK

Mit großem Interesse hat der Landeselternrat die Ergebnisse der Umfrage des Landesschülerrates, sowie die Presseerklärungen des Landesschülerrates und des Sächsischen Ministeriums für Kultus zur Kenntnis genommen. Die Umfrageergebnisse sind nahezu identisch mit den Erfahrungen, die der LER in der täglichen Arbeit mit den Eltern an der Basis macht, denn wo für Schüler keine Schulkonferenz stattfindet, findet sie auch für Elternvertreter nicht statt. Briefe an Elternvertreter werden geöffnet und teilweise überhaupt nicht weitergegeben. Eltern werden von Schulleitern und Klassenlehrern durch Vorschriften, die nirgendwo in dem Sächsischen Schulgesetz zu finden sind, gegängelt und in ihrer Arbeit behindert.

Nur mit großer Verwunderung kann daher die Stellungnahme des SMK betrachtet werden, widerspricht sie doch der Intention des geltenden Schulgesetzes. So ist festgelegt, dass Schüler- und Elternvertreterwahlen in neu gebildeten Klassen durch Schulleiter bzw. Klassenleiter anzuschieben sind, wenn kein verantwortlicher Schüler- oder Elternsprecher vorhanden ist. Es kann und wird nicht Aufgabe eines ehrenamtlich arbeitenden Landesschüler- bzw. elternrates sein, an den Schulen mitwirkungsbereite Schüler oder Eltern zu finden, denn eine Voraussetzung zur Wahlbereitschaft sind Motivation sowie die Erfahrung demokratischer Einbeziehung, die jedoch weder durch das Sächsische Schulgesetz abgesichert noch durch das SMK, die Regionalschulämter und Schulleiter bzw. Lehrer praktiziert werden, denn außer einem Anhörungsrecht haben die Schüler oder Eltern keine Rechte. Auch Schulkonferenzen bieten – schon auf Grund ihrer Zusammensetzung und der genauen Eingrenzung der möglichen Gesprächsthemen – kaum die Chance einer echten Mitwirkung seitens der Schüler und Eltern.

Für die Einladung zur Schulkonferenz und deren Durchführung ist der Schulleiter verantwortlich. Kommt er dieser Pflichtaufgabe laut Schulgesetz nicht nach, muss das disziplinarische und arbeitsrechtliche Folgen haben! Das SMK kann nicht die Schuld für fehlende Schulkonferenzen auf Schüler und Eltern abwälzen, denen das Schulgesetz oftmals nicht bekannt ist.

Der Landeselternrat steht auf dem Standpunkt, dass die letzte Verantwortung für die Durchführung von einer ausreichenden Anzahl von Schulkonferenzen an jeder Schule als auch für die Durchführung von Schüler- und Elternvertreter-Wahlen das SMK hat, denn einzig und allein das Ministerium hat die Aufsicht über die Einhaltung des Schulgesetzes sowie aller weiteren Bestimmungen wahrzunehmen.

Die Tätigkeit der Eltern- und Schülervertreter muss von Lehrern, Schulaufsicht und Ministerium endlich ernst genommen werden!

Der oft durch die Schule, Schulämter und Ministerialbürokratie praktizierte Stil im Umgang mit Eltern und Schülern ist auch ein Beitrag zur Demokratiemüdigkeit!

Das Antwortschreiben des SMK zeigt ein erschreckendes Desinteresse an einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Schüler- und Elternmeinung. Darüber hinaus werden die Schülerüberlegungen verdreht und gegen sie selbst verwendet mit der allzu deutlichen Absicht, Schüler zum Schweigen und "Gehorchen" zu bringen. Welch ein Paradebeispiel zum Vergraulen junger Menschen, die gerade erst dabei sind, sich die Spielregeln demokratischer Prozesse anzueigenen. Wen wundert es, dass sich dieselbe arrogante Art mit Schülermeinung umzugehen auch in den Schulen wieder findet. Und wer glaubt dann noch ernsthaft, Schüler zur Schülermitwirkung gewinnen zu können?

Wer junge Menschen nicht zur Mitarbeit an gesellschaftlichen Prozessen gewinnen kann verliert sie, z. B. an extreme Randgruppen (Rechte, Linke, Sekten) oder fördert introvertierte, konsumorientierte Persönlichkeitsstrukturen.

Auch die Eltern verzweifeln oft an der vom Ministerium, den Regionalschulämtern und Schulen praktizierten "Demokratie". Wer wirklich demokratische Mitwirkung von Eltern und Schülern erreichen will, sollte anders mit den Beteiligten umgehen. Erst dann werden sich auch genügend Schüler und Eltern finden, die sich wieder für die "Schule" engagieren. Aber – ist das überhaupt gewollt?...

Eckhard Mansfeld

Wolfram Sembdner